

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von A. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Freitag, den 23. Mai 1879.

Nr. 236.

Deutscher Reichstag.

50. Plenar-Sitzung vom 21. Mai.

Am Bundesrathssitz: Präsident des Reichs-
kanzleramts Staatsminister Hofmann, kaiserliche
Geh. Regierungs-Räthe Burchard, Tiedemann,
königlich bayerischer Ministerialrath Dr. Mayr und
Andere.

Vize-Präsident Dr. Lucius eröffnet die
Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Tagesordnung:

Erster Gegenstand ist die Wahl des ersten
Präsidenten.

An der Abstimmung betheiligen sich 324 Mit-
glieder; ein Zettel (auf Valentin lautend) wird für
ungültig erklärt, ebenso 119 (von der linken Seite
des Hauses abgegebene) weiße Zettel. Die absolute
Majorität der verbleibenden 204 gültigen Stimmen
beträgt 103; davon haben erhalten Abg. von Sey-
dewitz 195, Abg. Dr. Lucius 4, die Abgg. Graf
Bethusy-Buc, Frißche, von Benda, Dollfuß und
Nichter (Hagen) je 1 Stimme.

Vizepräsident Dr. Lucius richtet an den
Abg. von Seydewitz die Frage, ob er die auf ihn
gefallene Wahl annehmen wolle.

Abg. v. Seydewitz: Meine Herren! Ihre
Wahl trifft mich, wie ich gefahren muß, unerwartet
und unvorbereitet. Ich weiß, welche Schwierigkeiten
mir dieses Amt, das Sie mir übertragen wollen,
auferlegt, Schwierigkeiten, welche um so größer sind,
als vor mir auf diesem Platze ein Mann gesessen
hat, der durch seine ungewöhnliche hohe Befähigung
unsere allseitige Anerkennung verdient und erworben
hat. (Lebhaftes Bravo.) Ich nehme dennoch die
Wahl an, weil ich mich für verpflichtet halte, in einem
Augenblicke, wie der gegenwärtige, alle meine Kräfte,
so schwach sie sein mögen, der Förderung des gemein-
samen Wohles unseres Vaterlandes zu widmen, und
ich bitte, daß Sie mich in diesem Streben, bei die-
ser Arbeit auch in der Geschäftsleitung unterstützen,
und zwar auf allen Seiten unterstützen. (Der Red-
ner wendet das Gesicht bei diesen Worten nach
links.) Seien Sie überzeugt, ich werde Unpartei-
lichkeit und Gerechtigkeit über nach jeder Seite hin!
(Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Präsident v. Seydewitz auf
dem Präsidentensitze Platz genommen hat, wird
in der zweiten Berathung über die Getreidezölle
fortgefahren.

Die Diskussion war gestern vertagt worden bei
Position 9a und b: Weizen, Hafer, Hülsenfrüchte
pro 100 Kilogramm 1 Mark; Roggen, Gerste,
Mais und Buchweizen 0,50 Mark.

Mit zur Diskussion steht der Antrag der Ab-
geordneten Guntter (Sachsen) und Freiherr von
Mirbach, auch für Roggen 1 Mark Zoll zu er-
heben.

Abg. Dr. Frege (Deutsch-konservativ) spricht
die Hoffnung aus, daß die zum Schutze der nationa-
len Arbeit zusammengetretene freie wirtschaftliche
Verordnung bei den Getreidezöllen ihre Feuerprobe
bestehen werde. Bei allen neuen Zollvor schlägen
haben sich die Angriffe wesentlich dahin gerichtet,
daß die Zölle zu hoch gegriffen sind, bei den
Getreidezöllen kann von einem solchen Einwande
absolut nicht die Rede sein, im Gegentheil gewinnt die
Ansicht an Geltung, daß die vorgeschlagenen Zölle nicht
hoch genug sind, und aus dieser Ueberzeugung ent-
stand der auch von mir unterzeichnete Antrag von
Mirbach, dessen Annahme ich Ihnen empfehle. Un-
sere ganze wirtschaftliche Lage weist uns darauf
hin, eine Steuerreform vorzunehmen und diese kann
nicht anders erfolgen als auf dem Wege der in-
terrekten Steuern. Einen Theil dieser Wirtschafts-
reform bildet nun auch der Schutzoll auf Erzeug-
nisse der Landwirtschaft; denn wenn dieselbe heute
unter dem Importe des Auslandes schwer zu leiden
hat, so ist das ein durchaus unnatürlicher Zustand.
Bis 1860 überwog bei uns die landwirtschaftliche
Ausfuhr die Einfuhr um ein Bedeutendes, seitdem
erst ist eine Aenderung eingetreten nach der umge-
kehrten Richtung hin, und wir wissen, wie sehr dar-
unter die Landwirtschaft zu leiden hatte, und noch
zu leiden hat. Um nun mit Zöllen der Landwirth-
schaft zu Hilfe zu kommen, muß man unseres Er-
achtens den Zoll für Korn nicht niedriger bemessen,
als für Weizen. Wir schlagen Ihnen für beide
Getreidearten den einheitlichen Zoll von 1 Mark
vor. Es ist, seitdem wir in Deutschland wieder
ein einheitliches Reich sehen, unabweisbar an uns
die Aufgabe herangetreten, unserer Industrie und Land-
wirtschaft wenigstens den einheitlichen Markt zu

sichern. Auf dem Gebiete der ersten zeigt sich
heute eine Erscheinung, die ich mit Freude be-
grüße, daß man nämlich einseht, die Pflege des
ausgedehnten Exports sei von einer weit geringeren
Bedeutung, als die Sicherheit des inländischen
Marktes. Damit aber auch die Landwirtschaft
sich diesen zu sichern vermag, muß man sie mit
Zöllen sichern. Wir dürfen uns dem landwirth-
schaftlichen Betriebe gegenüber nicht auf den Stand-
punkt des Manchesterthums stellen, wir müssen hier
thätig eingreifen, und so wird von uns die so-
ziale Frage am besten gelöst werden können. (Bei-
fall rechts.)

Abg. Hoffmann (Fortschritt) referirt Na-
mens der Petitions-Kommission über die bekannte
Petition des am Sonnabend in Berlin versammelt
gewesenen sogenannten Städtetages (Geh. Straßmann,
von Stromer-Nürnberg u.), die sich gegen die Ge-
treidezölle in Form einer mit 64 gegen 4 Stimmen
gefaßten Resolution ausspricht. Der Referent stellt
anheim, die Petition durch die über die Getreide-
zölle zu fassenden Beschlüsse für erledigt zu er-
klären.

Abg. Dr. Delbrück: Der Herr Vorredner
hat Recht mit seiner Meinung, daß alle vorgeschla-
genen Getreidezölle ungenügend sind, um die Vor-
theile zu erreichen, welche er für die Landwirtschaft
verlangt. Nach den Zusammenstellungen des preu-
ßischen statistischen Bureau's über die Marktpreise
in Preußen seit 1871 ist keine Verschlechterung der
Preise für Getreide konstatirt. Wenn man aber
die Prämissen des Vorredners als richtig zugeben
wollte, dann ist der Landwirtschaft überhaupt nicht
zu helfen, oder nur, wenn eine gleitende Skala der
Zölle eingeführt, d. h. dem Landwirth von Staats-
wegen ein Preis garantiert wird. Dann kann viel-
leicht auch das Ideal erreicht werden, das sich der
Abg. Frege wünscht, daß die landwirtschaftlichen
Maschinen abgeschrieben werden, daß der Arbeiter wie-
der statt der Maschine zu drehsen hat. — Wenn
ich nun auf das zurückkomme, was der Herr Kom-
missarius des Bundesraths (Geh. Rath Tiedemann)
zur Vertretung der Kornzölle gesagt hat, so ist
allerdings seit dem Ende der dreißiger Jahre die
Einfuhr stetig gestiegen, aber genau in demselben
Maße hat sich die Bevölkerung vermehrt. Diesen
Zusammenhang wollte der Herr Kommissarius nicht
zugeben und hat für seine gegenwärtigen Ansichten
nach Autoritäten gesucht und Lord Beaconsfield ge-
nannt. Da muß ich nun sofort erklären, daß ich
die Autorität des englischen Premiers in deutschen
Angelegenheiten durchaus bestreite. Es hat dann
der Herr Kommissarius die Frage erwogen, wenn
man einen Getreidezoll auslegt, wer ihn eigentlich
bezahlt. Er hat ein Beispiel gewählt von zehn
Gutbesitzern, welche verschiedene Wege in die Stadt
wäpeln, von denen 9 keine Mauth, der zehnte aber
Mauth zu zahlen hätte, und meinte, der von ihnen
allen geforderte Getreidepreis wäre derselbe. Indes
verstehe ich dieses Beispiel nicht, noch weniger seine
Anwendung. Wir sind doch nicht die Engländer, die
den Russen ihren Roggen, den Oesterreichern ihren
Weizen ablaufen. Wenn wir auch den Zoll auf-
erlegen, wird man uns doch nicht etwa das Ge-
treide um diesen Zoll billiger lassen. Der Schwer-
punkt der Diskussion schen ich zu sein, ob die
Vertheuerung des Brodes die Konsumenten treffen
würde oder die Produzenten. Ich kann es nicht
glauben lassen, daß die Vertheuerung nicht die Kon-
sumenten trifft, sondern in den Zwischenstadien zwi-
schen den Produzenten und den Konsumenten der
höhere Preis hängen bleibt. Nicht bloß die Steuer
auf ausländisches Getreide kommt in Frage, sondern
auch die Preiserhöhung des inländischen Getreides,
die unausweichlich damit verbunden ist. Wer soll
nun die Preisdifferenz bezahlen? Der höhere Preis
wird wieder die Konsumenten treffen. Dann neh-
men die Motive Bezug auf die sehr verschiedenen
Preisnotirungen des Getreides an den Börsen, über-
sehen aber dabei ganz, daß die Verhältnisse, die bei
solchen Notirungen zu Grunde liegen, geradezu bei
jedem Getreidemarkt ganz abweichende und verschie-
dene sind. Ich würde gegen die Getreidezölle nichts
einzuwenden haben, denn sie führen der Reichskasse
die immerhin ansehnliche und angenehme Mehreinn-
ahme von 8 bis 12 Millionen Mark jährlich zu
(Hört! hört!), wenn sie nur nicht mit einer Ver-
theuerung des Brodes verbunden wäre, die von den
Produzenten aufgebracht werden muß. Meine Her-
ren! Es ist fernerhin von verschiedenen Seiten
hingewiesen worden auf die außerordentlich schlechte

Lage der Landwirtschaft, auf die zunehmende Zahl
der Substationen und den fast allgemeinen Rück-
gang der Bodenrente. In der letzten Session des
preussischen Landtages ist dem Abgeordnetenhaufe
eine statistische Uebersicht zugegangen über die Er-
gebnisse der Verpachtung von den Domänen und
Vorwerken. Von je 10 zu 10 Jahren gerechnet,
betrug die Summe des Pachtzinses pro Hektar 1849
13 Mark, 1859 17, 1869 28 und 1878 sogar
37 Mark. Für mich beweisen diese Angaben, daß
es der Kornzölle nicht bedarf, um unsere Landwirth-
schaft konkurrenz- und lebensfähig zu erhalten. (Bei-
fall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: In Be-
treff der letzten Worte des Herrn Vorredners will
ich doch gleich darauf aufmerksam machen, daß bei
dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten im
Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen in's
Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuck-
fabrikation haben, und daß nur durch die hohe
Stufe, die dieses Gewerbe durch den ihm zu Theil
gewordenen Schutz erreicht hat, diese hohe Steige-
rung erklärlich wird. Im Allgemeinen hat der Herr
Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsere
Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht,
daß das Getreide theurer wird, daß die Kornpreise
steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität
angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden
muß. Nun drängt sich die Frage auf: sind niedrige
Preise, niedrige Getreidepreise in wirtschaftlicher
Beziehung also ein Glück anzusehen? Wenn wir
selbst das als richtig annehmen, worauf der Herr
Vorredner sein Argument hauptsächlich basirt, mußten
die Länder im Osten, welche die niedrigsten Ge-
treidepreise haben, die Länder der unteren Donau,
an der Theiß, Galizien und Südrussland in wirth-
schaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten
und am kräftigsten entwickelt sein. (Sehr richtig!)

Wir müßten auch innerhalb des deutschen Reiches
einen erheblichen Unterschied empfinden im wirth-
schaftlichen Wohlbehagen, in unserer Vermögensent-
wickelung. Das ist ganz unabweisbar, daß wir die
höchsten Getreidepreise im Westen des deutschen Reiches
haben und daß sie nach Osten gradatim abnehmen.
Wäre der Satz richtig, daß wohlfeile Preise an und
für sich ein Glück für eine Nation sind, so müßte
auch die Wohlhabenheit und das wirtschaftliche
Behagen nach Osten hin allmählig steigen und Ost-
preußen 25—30 pCt. glücklicher sein, als der
Rheinland. (Sehr wahr!) Ich bin überzeugt, wenn
unsere Landwirthe ihr Korn, ich will nicht sagen
theurer, aber sicherer verkaufen, wenn der Absatz ge-
sicherter ist, daß dann auch wir sofort — nicht bloß
in Folge des Tarifs überhaupt, dessen Wirkung sich
ja schon jetzt in einiger Hebung der geschäftlichen
Thätigkeit fühlbar macht, — zu einer kräftigen Er-
neuerung unserer wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen
werden. Wenn wohlfeiles Getreide vor Allem das
Ziel ist, nach welchem wir streben, dann hätten wir
längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie
lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im
Inlande erzeugt und welches 400 Millionen erzeugt,
im Vergleich zu den 27—30 Millionen, die wir
einführen. Daran hat Niemand gedacht, im Gegen-
theil, man hat in Zeiten, wo die Theorie schon
dieselbe war, wie jetzt, die Grundsteuer in ganz
Deutschland, soviel ich weiß, allmählig gesteigert, in
Preußen 1861 um 30 pCt., indem sie von 30 auf
40 Millionen erhöht wurde, ein viel erheblicherer
Zollschlag also, als jetzt in Gestalt des Zolles auf
die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll. Seit-
dem sind eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche
unsere landwirtschaftliche Produktion nothwendig
vertheuern müssen, dazu gekommen. Ich habe mir
aus einer Provinz, in der ich wenig bekannt bin,
aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kom-
men lassen, wie hoch sich ungefähr die Kosten be-
laufen, deren Zahlung doch von dem Preise, zu
dem der deutsche Landwirth sein Getreide verläuft,
in Abzug gebracht werden muß. Ich kann danach
mit einiger Sicherheit behaupten, daß man die durch-
schnittliche Belastung an Staats- und Kommunal-
steuern auf 20 pCt. desjenigen Einkommens, welches
bei uns bei Veranlagung der Einkommen-
steuer zu Grunde gelegt wird, abschätzen kann, eine
wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante
Beseuerung. Bedenken Sie, um einmal einen
Maßstab zu gewinnen, diejenige Belastung unseres
Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das
ausländische Getreide gelegt werden soll, verallge-
meinert auf das inländische Getreide, was im In-

lande zu Markt gebracht wird, denken Sie sich, daß
der Landwirth von jeder anderen auf dem Getreide
lastenden Steuer befreit würde und daß er als
Äquivalent für den Vorzug, mit dem Auslande
gleich gestellt zu werden, auch nur für jeden zu
Markte gebrachten Scheffel Getreide 25 Pfennige
für Roggen und 50 Pfennige für Weizen zu zah-
len hätte, denken Sie sich das in der Anwendung
auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen
guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pacht-
werth von 1500 Thalern in der Rheinprovinz kein
unmöglicher ist, so wird das Gut also nach diesem
Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Ab-
gaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Ge-
meinde, an den Kreis, welche auf der landwirth-
schaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Tha-
ler würde er schon 3600 Etr. Roggen, 2400 Etr.
Weizen zu Markt bringen können und erst dann
würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen
Verkauf kommen. 3600 Etr. Roggen sind 4500
Scheffel, und Jedermann, der von der Landwirth-
schaft eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen,
daß auf einem Gute von 300 Morgen nicht 4500
Scheffel gebaut werden können. 1000 ist schon
recht gut; er hat also das Vier- bis Sechsfache
nach der jetzigen Steuer Lasten auf der inländischen
Produktion und dabei wirkt die inländische, wie
man behauptet, 400,000,000 Etr. ab, also bede-
tend mehr wie die ausländische. Wenn nun das
Verhältniß in dieser Ungerechtigkeit zum Nachtheil
der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so
möchte ich noch weniger an Ihre finanzielles Reform-
bedürfnis, als an Ihre Gerechtigkeitsgefühl appelliren.
Soll die Gesamtlast, die für unsere Finanzen auf
unsere Kornbedarft gelegt werden kann und gelegt
wird, in diesem Uebermaß allein auf der inländi-
schen Produktion liegen, oder soll die ausländische
zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Sie
müssen bei diesem Tarif nicht allein die Einzelheiten,
sondern die gesammte Zoll- und Steuerreform im
Auge behalten, wovon dieser Tarif nur einen Theil
bildet. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere na-
mentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft
uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt wor-
den sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde:
legt den Plan einer gesammten und prinzipiellen
Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen
Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe
gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch ersichert,
daß die einzelnen Finanzvor schläge, welche wir machen
und die Steuervor schläge auch heute nicht mit viel
mehr Wohlwollen aufgenommen werden, wie damals
und daß meine Hoffnung, die ich auf das Gelingen
des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben
herabmindern müssen. Es ist nicht unsere Absicht,
vom Getreidebedarf eine höhere finanzielle Leistung
zu fordern als bisher; wir beabsichtigen nur, einen
Theil der direkten Steuern, die jetzt auf dem Land-
wirth lasten, in Form eines Konsumtionszolles an
die Grenze zu verlegen. Einen Einfluß auf die
Preise wird das nicht haben. Wenn der Vorredner
das als ein Glück betrachtet, so sehe ich mit Be-
dauern darauf; denn zu den augenblicklichen ge-
drückten Preisen kann unter den in Deutschland be-
stehenden Abgaben- u. Verhältnissen nicht mehr pro-
duzirt werden; dabei geht nicht bloß die Landwirth-
schaft, sondern Preußen und das Reich zu Grunde.
(Sehr wahr!) Von dem Verfall der Landwirtschaft
wird zuerst der Kredit zu leiden haben, die Land-
wirtschaftliche Thätigkeit wird in Verfall gerathen.
Ich behaupte also, daß durch diese niedrigen Zölle
die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht we-
sentlich, weil der Preis des Getreides bei uns nicht
von dem Zoll abhängt, den man auslegt, sondern
vor Allem von der Ernte in den großen Kornlän-
dern des östlichen Europas und Amerikas, einiger-
maßen auch von der Ernte in Deutschland. Ist in
diesen großen Getreideländern eine Misere, so
wird das Getreide eben nicht kommen, ist eine gute
Koggenernte, so wird es uns doch kommen, und
darin divergire ich wieder von dem Vorredner. Er
sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit großer
Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen
den Preis nicht zu Dank machen. Das ist voll-
kommen irthümlich und mir nur dadurch erklärlich,
daß der Vorredner mit den Erscheinungen auf dem
Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden
vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind im
Ganzen in der Welt in der Lage, daß viel mehr
Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird,
daß schon jetzt das Angebot im Ganzen größer ist

als der Verzehr. Wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1. Mark steigern, sie würden so viel Getreide liefern, wie bisher; denn bis über 1 Mark hatten sie vollständig Spielraum, dem Ueberschuss einen Abzug zu machen. Auf dem bleibt es schließlich stehen, er bekommt so viel weniger; für den aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Damit ist aber der Landwirtschaft nicht, wie der Vorredner sagt, noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, wenn ihr der geringe Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, und der deutsche Markt gesichert, die ausländische Konkurrenz auf demselben etwas erschwert wird. Wir sind jetzt auf dem Lande in der Lage, daß die Müller auf unsere eigenen Bachmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern, da sie zugleich in der Regel Bäcker sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brod verkaufen. Der Vorredner schätzte die hier lagernden Vorräthe sehr gering, etwa auf ein paar tausend Wispel am Ende des Jahres. Das ist aber nicht der Termin, wo die Hauptzufuhr herankommt. Außer den Roggenvorräthen müssen wir aber auch die Mehlvorräthe ins Auge fassen. Hier in Berlin und nächster Umgebung sollen allein täglich 400 bis 500 Wispel, also 80,000 bis 100,000 Centner verarbeitet werden. Diese Mehlmasse geht dann mit der Eisenbahn über das Land und tödtet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Insofern halte ich die Berechnung des Vorredners nicht für richtig und ebenso wenig seine Behauptung, daß an den Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr Verdienst als nöthig hängen bleibt. Wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das an ihrer Menge. Wo heutzutage irgend eine gewinnbringende Stelle ist, da drängen sich gleich Hunderte von Concurrenten heran, bis ihr Verdienst sich so vertheilt und zertheilt ist, daß für den Einzelnen nicht viel übrig bleibt. Es ist auch den Leuten lieber, ein kaufmännisches Geschäft zu treiben, selbst mit kleinem Gewinne, wenn nur keine schwere körperliche Arbeit dabei ist, als ein Gewerbe. Das Ideal von Dienern, kleinen Leuten u. s. ist nicht mehr wie früher ein eigenes Haus, ein eigener Herd, sondern ein Viktualienhändler in Berlin (Heiterkeit). Ich bestreite, daß der Kornzoll auf den Preis des Brodes irgend einen Einfluß haben wird (Wohlwille). Die Brodpreise sind heute bei billigen Getreidepreisen ebenso hoch wie bei hohen Preisen, als das Getreide noch einmal so theuer war, z. B. in der Mitte der 50er und 60er Jahre. Auch unser Handel wird davon nicht beeinträchtigt werden, wenigstens nicht weiter, als es die Gerechtigkeit erfordert bei der Vertheilung der Lasten. Die Verlegung der Transportwege aus Rußland ist eine Drohung, die nur den Schreden kann, der die Geographie nicht kennt. (Sehr wahr!) Was das russische Getreide zu unseren Vorräthen zieht, ist nicht nur, daß Rußland keine Häfen hat, das spricht ja auch mit, sondern mehr noch das deutsche Kapital. In Rußland ist kein Geld zum Kornhandel, Danzig u. s. hat viel Geld und giebt die nöthigen Preise und Vorschüsse. Es kommt hinzu, daß in Folge des Klimas das russische Getreide im Ganzen minderwerthig ist, als das deutsche, und daß man diesen Uebelstand zu beseitigen sucht durch eine Mischung mit deutschem Getreide. Namentlich die sog. Danziger und Stettiner Mischung ist bekannt. Diese Mischung wird ja nach wie vor fortgesetzt werden können. Herr v. Treitschke hat gestern auf einen Konflikt gedeutet, den wir wegen der Kornzölle mit Rußland gehabt hätten und der bewiesen habe, daß sie nicht haltbar seien. Das war 1822 bis 1825, Preußen hatte von Rußland Verkehrs-freiheit verlangt für den Umfang des ehemaligen Königreichs Polen. Das wurde nicht zugestanden, und darauf hatte Preußen einen Zoll von 25 Pfennige festgesetzt, den es später freilich wieder fallen ließ, nicht aber weil der Zoll undurchführbar gewesen wäre, sondern weil der Kaiser Alexander sich persönlich dafür veranlaßt bei Friedrich Wilhelm III. Und so wurde von der Erhebung aus politischen Gründen Abstand genommen. Ich will über die Frage des Transportes im Allgemeinen nicht heute schon vorgreifend entscheiden, ich bitte aber, solche Amendements, die den Transport behandeln und die eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869 enthalten, hier beim Zolltarif abzulehnen. Sind Aenderungen nöthig, so ist doch der Zolltarif nicht der eigentliche Ort dazu. Ich rechtfertige mich nur den Landwirthen gegenüber betreffs der Frage, warum ich denn, wenn ich eine Erhöhung des Getreidepreises davon nicht erwarte, doch für Getreidezölle bin. Ich glaube, wir sichern damit unseren Getreideproduzenten den heimischen Markt. Die Viehzölle sollen uns einen gewissen Schutz gewähren, von den Getreidezöllen erwarte ich Derartiges weniger, aber ich erwarte davon, daß die Landwirtschaft mindestens um den Betrag der Kornzölle erleichtert wird, indem man in gleichem Betrage die Grundsteuer anderweitig regulirt. Damit würde dann ungefähr die Hälfte von jenen 20 pCt. in Wegfall kommen, die ich als Belastung der Landwirtschaft Ihnen neulich vorgerechnet habe. Dann erwarte ich von dem Kornzoll, daß er etwas Ordnung bringt in unsere Einfuhr. Die ungeheuren, weit über den Bedarf hinausgehenden Getreidezufuhren aus Rußland und Galizien müssen wir durchaus einschränken, und sie werden eingeschränkt werden, wenn der Importeur, bevor er seine Chancen berechnen kann, erst so und soviel Tausend Mark Zoll in Ansatz bringen muß. Es muß auch diese regelmäßige Mehreinfuhr die Preise sehr herabdrücken. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug 1872—77 bloß im Weizen und

Roggen 17 Millionen Centner, noch 1872 war beim Weizen ein ungekehrter Ueberschuß, die bloße Zunahme der Bevölkerung kann doch die 17 Millionen Mehreinfuhr nicht erklären, selbst wenn man eine so tendenziöse politische Statistik hat, wie sie in Preußen betrieben wird. (Hört! hört!) Bekanntlich wird auf dem Lande mehr Brod gegessen als in den Städten. Die Berechnung ergibt, daß 40 Millionen Deutsche das Jahr über 146 Millionen Centner Getreide verbrauchen, was 3 1/2 Centner pro Kopf ausmachen würde. In Deutschland aber werden meiner Berechnung nach 240—250 Millionen Centner gewonnen, während wir davon nur 146 Millionen essen. Wo bleibt nun diese Differenz? Ich überlasse dieses Problem den Statistikern, aber sie müssen sich's nicht allzu bequem machen und einfach eine Durchschnittszahl von 9 Ctr. aus der Luft greifen. Es ist auch unrichtig, wenn man sagen wollte, daß die Mehreinfuhr sich erklärt durch die Bierbrauerei u. s. Denn das Bier wird zum größten Theil aus Gerste bereitet, während hier hauptsächlich Weizen und Roggen in Frage kommt. Bei der gesamten Geseßgebung der letzten zwanzig Jahre ist die Produktion des landwirtschaftlichen Gewerbes zu kurz gekommen und stiefmütterlich behandelt worden. Insbesondere ist die Landwirtschaft auf das Schwerste betroffen worden durch die Art unserer Steuerseßgebung in einer Weise, die sich nicht rechtfertigen läßt. Das führt aber zu einer Doppelbesteuerung, denn man muß auch die Grundsteuer hinzurechnen. Die Ungunst der Verhältnisse und Geseßgebung für die Landwirtschaft liegt auch auf dem Gebiete der Stempel- und Steuerseßgebung. Das ist die allergrößte fiskalische Ungerechtigkeit, wenn man ein Gut auf 30 Jahre pachtet, daß man ohne Disconto die ganze auf 30 Jahre währende Summe versteuern muß. (Sehr richtig!) Von den Bahntarifen will ich gar nicht sprechen, aber von der Armenpflege in Verbindung mit dem Freizügigkeitsgesetz. Die Arbeiter werden auf dem Lande geboren, wachsen dort auf und werden mit nicht unerheblichen Kosten erzogen, genießen Schulunterricht und sobald sie zum Militär eingezogen werden, gefällt es ihnen nachher in den großen Städten besser, und die Landleute erfahren von ihnen erst wieder etwas, wenn sie unterstützungsbedürftig sind oder wenn eine große Charité-Rechnung kommt. (Heiterkeit, sehr wahr.) Die Landwirtschaft zeigt gleichwohl durchaus konservative Elemente — ich will den Ausdruck konservativ zurücknehmen, denn ich will hier nicht die Begriffe konservativ und liberal in den Gegensatz stellen, daß ich etwa die liberalen vollkommen zerstört wissen wollte, ich will lieber sagen, wir haben in der Landwirtschaft auf dem Lande erhaltende Tendenzen und für diese beanspruchen wir Sympathien. Die Landleute sind die zuverlässigste Stelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß. Was ich dazu thun kann, in diesem Kreise das Bewußtsein der Situation zur Klarheit gedeihen zu lassen, das will ich thun, aber nicht für den Zweck der Agitation, sondern um der Gerechtigkeit willen. Ist aber dieses Bewußtsein durchdrungen, dann wird meiner Ueberzeugung nach die Landwirtschaft ihren Kampf nicht einstellen, sondern ihn frisch fortführen, bis sie endlich Gerechtigkeit erlangt hat. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum, Zischen links.)

Abg. Reichenberger (Dlp) erhielt um 4 Uhr das Wort, nachdem ein von ihm selbst gestellter Vertagungsantrag abgelehnt ist. Er erklärt sich für Getreidezölle, weil sie keine Schutz-, sondern Finanzzölle seien, die das Ausland tragen würde. Eine Steigerung der Preise sei von dem Getreidezoll nicht zu erwarten, es sei nur notwendig, zu verhindern, daß die Zwischenhändler und die Bäcker nicht zu viel Verdienst einführen; deshalb spricht sich der Redner für die Wiedereinführung von Brod- und Fleischarten aus. Die höheren Zölle, wie sie von Günther und Frhr. v. Mirbach vorgeschlagen seien, müßten verworfen werden, denn von einem Schutz Zoll wie bei der Industrie könne bei der Landwirtschaft keine Rede sein. Ein wahrer Skandal sei es, daß deutsche Eisenbahnen die ausländischen Produkte billiger fahren als inländische. Redner spricht sich im Interesse der Mühlenindustrie für eine Rückvergütung des Zolles aus, falls das importierte Getreide vermaalen und wieder exportirt werde.

Ein Antrag auf Vertagung wird um 4 1/2 angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Getreidezölle. Ferner Position 12 Häute und Felle und 13 Holz.

Deutschland.

** Berlin, 21. Mai. Am 15. Mai ist auch die Strecke der Berlin-Weßlager Bahn dem Betrieb für Personenverkehr übergeben, welche von Eschwege sich an die an der heßischen Nordbahn gelegene Station Malsfeld anschließt. Die Verwaltung dieser Strecke ist der Königl. Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. übertragen worden.

Der Chef der Admiralität hat im Hinblick auf das an den kumpfreichen Küsten und Riffen der Tropenländer vorkommende bössartige Malariakieber besondere Maßregeln gegen derartige Erkrankungen zu der Instruktion für die Aerzte am Bord der Schiffe in Betreff der Gesundheitspflege hinzugefügt.

Die „Tribüne“ läßt sich melden, der Plan, aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars eine Amnestie zu erlassen, habe besonders durch den Fürsten Bismarck Widerspruch erfahren. Es ist aber, wie auch meinerseits vor längerer Zeit erwähnt, von einer umfassenden Amnestiemäßregel und namentlich einer politischen in keinem Augenblick die Rede gewesen, und ein solcher Schritt von keiner Seite an-

geregt, also demselben auch von keiner Seite widersprochen worden.

Dasselbe Blatt hat die Geschmacklosigkeit, sich von angeblich gut informirter Seite schreiben zu lassen, Deutschland sei auf dem Wege, durch die in seiner inneren Politik sich vorbereitende Reaktion seinen diplomatischen Einfluß in Europa zu verlieren. Man kann nicht ohne Lachen an die viel schlimmeren Prophezeiungen denken, welche in den Jahren 1862 bis 1866 über das gänzliche Schwinden dieses Einflusses in Folge des damaligen Verfassungskonflikts laut wurden.

Sehr beachtenswerth ist in der neuesten Nummer der „Prov.-Korr.“ das Citat aus einer im Jahre 1868 vom Abg. Lasker gehaltenen Rede. Der Abgeordnete, welcher sich am 8. Mai b. Js. gegen landwirtschaftliche Zölle nicht nur unbedingt erklärte, sondern in denselben auch die Herausbeschwörung des Kampfes des Landes gegen die Städte erblickte, sprach damals mit einer Schärfe, wie sie heute kaum gehört worden, von der Ueberlastung des Grundbesitzes. Derselbe Abgeordnete, welcher dem Fürsten Bismarck jetzt vorwirft, daß die Angaben desselben bezüglich der Ueberbürdung des Grundbesitzes so übertrieben seien, wie der Redner noch nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört hätte, wäre er nicht von seinem Gedächtniß verlassen gewesen, sich selbst als denjenigen Abgeordneten ausnehmen müssen, der die Ueberbürdung des Grundbesitzes noch stärker gemalt. Herr Lasker sagte 1868 wörtlich: „Ein gewisses Monopol hatten früher die Grundbesitzer, so lange die Kommunikation schlecht war. Dieses Monopol ist weggefallen, seit der Weltmarkt überall hin konkurriert. Der Grundbesitzer hat die überschüssenden Kosten allein zu tragen und muß verarmen an all den Nachtheilen, die ihm zugefügt werden.“ Am 8. Mai b. Js. hat Herr Lasker ferner dem Reichskanzler vorgeworfen, sein Plan der Entlastung des Grundbesitzes stelle eine Finanzpolitik der Besitz gegenüber die Nichtbesitzer dar. 1868 sagte derselbe Redner: „Die Ueberschuldung in den östlichen Provinzen hängt unzweifelhaft zusammen mit dem Besteuerungsmodus, welcher den Grund und Boden unverhältnismäßig belastet.“ Diese widerspruchsvollen Aeußerungen des vielgewandten Abgeordneten Herrn Lasker reime sich zusammen, wer es kann.

Im Monat März wurden von den im Betrieb befindlichen 35 Rübenzuckerfabriken, von denen 28 allein auf Preußen (18 Provinz Sachsen) kommen, 558,831 Ctr. Rüben (Preußen 397,326 Ctr.) verarbeitet. Ins Zollausland wurden ausgeführt an raffinirtem Zucker 39,563 Ctr. (aus Preußen allein 37,349 Ctr.), an Rohzucker 257,062 Ctr. Dieser Betrag ging ausschließlich aus Preußen aus) und an Melasse 10,764 Ctr. (Preußen 10,301 Ctr.). Vom Zollausland eingeführt wurden 2609 Ctr. Rohzucker, 6589 raff. Zucker und 8228 Ctr. Melasse.

Provinzielles.

Stettin, 23. Mai. Die vorgestrige Verwaltungsraths-Sitzung der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft, berufen auf Initiative der Berliner Mitglieder, beschäftigte sich, abgesehen von einigen unwesentlichen Angelegenheiten, hauptsächlich damit, ob die Offerte der Regierung, die Amortisation der 4 1/2 procentigen Ektres nicht auf ein Mal mit 110 Prozent, sondern nur mit jährlich 1 Prozent und den ersparten Zinsen (also Amortisation innerhalb einiger 30 Jahre) ein derartiges Zugeständniß sei, um den Aktionären die Annahme des bekannten Ueberlassungs-Vertrages zu empfehlen. Wenngleich alle Mitglieder des Verwaltungsrathes in der Offerte der Regierung eine wesentliche Verbesserung sahen und fast alle Mitglieder erklärten, für die Annahme des Vertrages zu stimmen, sprachen sich beide Verwaltungsrathskörper (Verwaltungsrath und Direktorium) dagegen aus, der General-Versammlung gegenüber irgend eine andere Stellung als bisher einzunehmen, d. h. die Objektive beizubehalten und die Entscheidung lediglich den Aktionären zu überlassen. In Folge dessen wurde der Antrag auf Unterfertigung des Vertrages resp. auf Empfehlung zur Annahme desselben zurückgezogen und vertief die Sitzung ganz resultatlos.

— Die 3. diesjährige Schwurgerichtsperiode beginnt am 23. Juni unter Vorsitz des Kreisgerichtsraths Küster.

— Stettin-Newyork, National-Dampfschiff-Kompagnie, Linie E. Messing. Heute ist der Dampfer „Bravo“, Kapit. Tholander, mit Passagieren und Gütern für Newyork abgegangen.

— Gestern Abend gegen 10 Uhr löste sich der Dachrahmen von dem Hause Paradenplatz Nr. 28 und stürzte auf die Straße, Schutt und Dachsteine nach sich ziehend. Glücklicherweise befanden sich zur Zeit keine Passagiere in dieser Gegend, sonst wäre ein größeres Unglück unvermeidlich gewesen. Da noch viele Dachsteine nur lose hängen und jeden Augenblick herabstürzen können, ist, um Gefahren vorzubeugen, heute Morgen das Trottoir vor diesem Hause gesperrt.

— Bei herannahender Sommer-Saison verfehlen wir nicht, das Publikum und Naturliebhaber auf die schöne Lage des Breslauer Bahnhofes aufmerksam zu machen. Man hat besonders des Abends eine herrliche Aussicht auf die wunderbar schön erleuchtete Stadt Stettin, ebenso von der Personenseite aus nach der Gegend von Damm und bieten die inneren Räume einen angenehmen kühlen Aufenthalt. Auch ist der Restaurateur ebenfalls sehr darauf bedacht, das Publikum durch Verabreichung von nur guten Speisen und Getränken zu billigen Preisen zufrieden zu stellen, ebenso findet man das beliebte Vergnügen und Grüneberger Bier dort.

— Das schöne Wetter am Himmelfahrtstage

hatte sehr Viele ins Freie gelockt; dem von hier nach Berlin abgelaufenen Ertrags hatten sich von Stettin 512 Teilnehmer angeschlossen, von denen 80 zweite und 432 dritte Klasse benutzten, auf den folgenden Stationen flegten noch ca. 100 Personen ein. Die meisten Spaziergänger hatten Goglow zum Ziele genommen, die Dampfer waren schon Vormittags sehr gut besetzt, Nachmittags war der Andrang am Vollwerth so groß, daß Manche lange Zeit warten mußte, ehe er einen Platz auf einem Schiffe erobern konnte. In Sommerlust, wo das erste „Volkskonzert“ der Kapelle des 34. Regiments stattfand, war schon Nachmittags um 4 Uhr kein Stuhl mehr frei und auch die übrigen Lokale waren zahlreich besucht.

— In der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. erbrachen Diebe den Keller des Kaufmanns Bau, Falkenwaderstraße 102, und entwendeten ein Faß Seife, wurden jedoch vom Revierwächter bemerkt und entflohen unter Zurücklassung des gestohlenen Gutes.

— Am 19. d. M. Vormittags verunglückte der in dem Hause Louisestraße 10—11 beschäftigte Malergeselle Hellwig dadurch, daß er von einer auf ein ca. 2 1/2 Meter hohes Bodgerüst gestellten Stehleiter herunter und rückwärts auf den Treppensiel fiel, wodurch er eine Gehirnerschütterung erlitt, welche seine Unterbringung im städtischen Krankenhause nöthig machte.

— Am 30. Januar verschwand der Handlungsgehilfe Richard Hermann Janz von hier; an diesem Tage war er in einer Konditorei zuletzt gesehen worden und seitdem fehlte jede weitere Spur. Vor einigen Tagen erhielten die Eltern desselben die Nachricht, daß ihr Sohn im Krankenhause zu Hannover am Typhus erkrankt darniederliege. Die derselbe nach Hannover gekommen und weshalb er sich heimlich von hier entfernt, ist unbekannt.

— Im Hinblick auf das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Gerichtsverfassungsgesetz ist höheren Orts die Aufstellung der ersten Jahresliste für die Schöffen und Geschworenen angeordnet worden, und zwar ist diese Aufstellung durch die Gemeinde- und Ortsvorstände zu bewirken. Die zu dem Amte eines Schöffen zu berufenden Personen müssen mindestens das 30. Lebensjahr vollendet haben und bereits 2 Jahre in der Gemeinde sein. Ausgeschlossen sind bestraft oder wegen Verbrechen u. s. in Untersuchung stehende, desgleichen durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkte Personen und Armenunterstützungsempfänger, ferner richterliche Beamte, Religionsdiener, Volksschullehrer, alle aktiven Militärs, sowie Reichs- und Staatsbeamte, welche einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können. Die aufgestellten Listen müssen eine Woche lang öffentlich ausgelegt werden.

— Ueber den Stand des Scharlachfiebers und der Diphtheritis in Cassenhagen geht der „Stargitz.“ die Mittheilung zu, daß diese beiden Krankheiten unter den Kindern durch das Schließen der Schule bis zum 14. d. M. fast gänzlich erloschen waren. An diesem Tage begann der Unterricht wieder, mußte aber von dem Amtsvorsteher Herr Runge am Montage wieder geschlossen werden, da die genannten Krankheiten aufs Neue wieder mit großer Festigkeit auftraten. Ein Kind ist bereits gestorben und mehrere andere liegen schwer krank darnieder.

Greifswald, 21. Mai. Soeben wurde durch den Schleppdampfer „Equus“ die Barchter Bark „Courier“, Kapit. Schönrod, hier einbugirt. Dieselbe war mit Ballast von Kopenhagen nach Gelsen bestimmt und am Montag bei nebligem Wetter weit Witten auf den Strand gerathen. Die Bark ist stark led, die Reparatur wird auf der Schiffsverwerft des Herrn Spruth vorgenommen.

Stralsund, 21. Mai. Nachdem der Vertrag wegen dieftlicher Erwerbung der hiesigen finanziellen Festungsgrundstücke von Sr. Majestät dem Kaiser genehmigt ist, hat demzufolge die Uebergabe der betreffenden Grundstücke an die Stadt Gelsen stattgefunden. Mit den Eisebahn- und Marine-Abrechnungen am Knieperthor soll in aller nächster Zeit begonnen werden.

Grimmen, 19. Mai. Am Freitag, den 16. d. M., wurde die hiesige Präparanden-Anstalt eröffnet; dieselbe umfaßt 27 Zöglinge, welche von Richtenberg mit hieher gekommen sind. Da die Anstalt aber vergrößert werden soll, so fand am oben genannten Tage eine außergewöhnliche Aufnahmeprüfung statt. Zu derselben hatten sich 10 junge Leute gemeldet; dieselben hatten am Vormittage eine schriftliche und am Nachmittage eine mündliche Prüfung zu bestehen. Nach der schriftlichen Prüfung wurde einer wegen zu schlechter Arbeit entlassen. Die übrigen 9 fanden versuchsweise Aufnahme.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. Mai. Die „Politische Korrespondenz“ meldet:

Aus Philippopol: Aleo Pascha wird am 2. d. Mts. auf ostrumelischem Gebiete eintreffen und daselbst eine Proklamation erlassen.

Brüssel, 21. Mai. Die feierliche Beerdigung des verstorbenen Bürgermeisters Anspach hat bei Nachmittags 2 Uhr unter Theilnahme der Spitze der Civil- und Militärbehörden, der Minister, einer Deputation der Repräsentantenkammer und des diplomatischen Korps stattgefunden.

Paris, 21. Mai. Die Tariffkommission, die in dem von dem Deputirten Meline erstatteten Berichte enthaltenen Anträge auf Erhöhung der Steuer auf Baumwollen-Garne angenommen.